Für Berlin. Nicht für Olympia.

Der Berliner Senat will Olympische Spiele in Berlin. Die Linksfraktion findet das als einzige Fraktion im Abgeordnetenhaus falsch. Hier argumentieren wir, warum die Stadt Olympia 2024 bzw. 2028 nicht braucht.

Was braucht Berlin?

Der SPD-CDU-Senat verbindet mit Olympia viele Versprechungen: zusätzlichen Imagegewinn, die weitere Stärkung des Wirtschaftsstandortes, anhaltenden Tourismusboom. Doch braucht die Stadt dafür Olympische Spiele? Berlin wächst und ist längst selbst zur Marke geworden, die immer mehr Menschen anzieht. Nur: Die soziale Spaltung nimmt gleichzeitig zu. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, intakten Schulen und Sportstätten, einer funktionierenden S-Bahn und Personal in den Berliner Verwaltungen. Hier muss der Senat sofort und unabhängig von Olympischen Spielen investieren. Dafür müssten nicht einmal neue Schulden gemacht werden, denn Berlin erzielt inzwischen hohe Haushaltsüberschüsse. Doch anstatt ein umfassendes Infrastruktur- und Investitionsprogramm aufzulegen, fahren SPD und CDU die Stadt weiter auf Verschleiß. Berlins Großprojekte holpern und stocken. Nicht die Stadt braucht Olympische Spiele, sondern der Senat, um davon abzulenken, dass er schlecht regiert. Dafür geht er ein neues, großes Haushaltsrisiko ein.

Was kostet Olympia?

Im März 2015 will der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entscheiden, ob er mit Hamburg oder Berlin ins Rennen geht. Der Senat hat deshalb kurzfristig eine stadtweite Kampagne gestartet. Insgesamt rechnen SPD und CDU allein für die Bewerbung mit mehr als 50 Millionen Euro Kosten. Danach folgen Ausgaben in Milliardenhöhe. Noch bevor das Internationale Olympische Komitee (IOC) 2017 entscheidet – und unabhängig davon, ob es letztlich vielleicht Boston oder eine andere Stadt auswählt –, kommen auf Berlin riesige Ausgaben zu. Dazu, was Olympia genau kosten würde, weiß der Senat bislang wenig zu sagen. Für die Ertüchtigung und den Bau von Wettkampfstätten geht er derzeit von →

etwa 2,4 Milliarden Euro aus. Die Hälfte davon solle der Bund zahlen, nur: Vereinbarungen mit dem Bund gibt es bislang dazu nicht. Auch dazu, was die Spiele selbst kosten und mit welchen Folgekosten Berlin rechnen muss, finden sich keine konkreten Aussagen.

Geht es »bescheidener«?

Der Senat spricht von »bescheidenen« Spielen, weil aus der gescheiterten Olympiabewerbung für 2000 schon einige Sportbauten vorhanden sind. Sie wurden allerdings in den 1990er Jahren errichtet, sind inzwischen sanierungsbedürftig und vor allem sind sie längst nicht mehr olympiatauglich. So müssten vor allem die Zuschauerkapazitäten ausgebaut werden. Aber werden die in der Stadt auch in der Zukunft gebraucht? Schon für die alten Sportstätten muss das Land Berlin heute noch Millionen zahlen. Über eine Milliarde Euro sollen neue, temporäre Anlagen kosten. Sind die Spiele nach maximal 16 Tagen vorüber, werden sie wieder abgebaut und können für den Sport in der Stadt nicht mehr genutzt werden.

Nutzt Olympia dem Sport?

Sehr viele Berlinerinnen und Berliner sind sportbegeistert. Die Stadt hat mehrfach bewiesen, dass sie ein guter Gastgeber für internationale Sportwettkämpfe ist. Das soll auch so bleiben. Doch Olympia hat eine andere Dimension. Berlin braucht keine überdimensionierten Großsportanlagen, sondern muss den Investitionsstau bei den Sportanlagen und Bädern in den Bezirken beseitigen und über den Bau von multifunktionalen, barrierefreien Sportstätten und die Sanierung von Schwimmhallen entscheiden. In einer Stadt, in der Schulsport ausfällt und die Besucherzahlen in den öffentlichen Bädern zurückgehen, müssen die Prioritäten anders gesetzt werden. Der Senat hatte dem Berliner Sport einen Solidarpakt versprochen und dieses Versprechen bis heute nicht gehalten.

Wer profitiert von Olympia?

Das IOC behauptet, Ausrichterstädte hätten seit 1992 stets Gewinn gemacht. Doch die Rechnungen des IOC sind intransparent. Selbst in London stiegen die öffentlichen Ausgaben allein für die Sportstätten in der Schlussrechnung auf das Vierfache. Die eigentlichen Kosten werden durch verschiedene Budgets verschleiert. Zu guter Letzt zahlen die Steuerzahler, während die Gewinne in private Taschen fließen. Das liegt nahe, denn trotz der aktuellen Reformempfehlungen ist und bleibt das IOC kein gemeinnütziger Verein, sondern ein auf Gewinnmaximierung gerichtetes Unternehmen. Es beansprucht Sonderrechte, die vertraglich durch die Stadt garantiert werden müssen. Dazu gehören unter anderem Steuerfreiheit und die gesamtschuldnerische Haftung der Stadt. Das finanzielle Risiko liegt also nicht beim IOC.

Was wollen die Berliner?

Unmittelbar nach der Niederlage von Tempelhof hatte der Senat versprochen, die Berlinerinnen und Berliner bei künftigen Großprojekten besser einzubinden und vor allem verbindlich zu Olympia zu befragen. Damit »verbindlich« auch wirklich verbindlich ist, müsste die Verfassung geändert werden. Die Linksfraktion hat dafür gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen einen Vorschlag unterbreitet. Doch SPD und CDU sind dazu nicht bereit. Der Senat hat sich bereits für eine Olympiabewerbung entschieden, ohne die Bevölkerung zu fragen. Er wartet lediglich noch auf das »Ja« für Berlin durch den DOSB, um weitere Pflöcke einzuschlagen. Mit einem extra für Olympia geschaffenen Gesetz wollen SPD und CDU dann im Nachhinein am 13. September 2015 ein unverbindliches Votum für ihre bereits von oben getroffene Entscheidung von den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist letztlich weniger wert als die Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts. Mehr direkte Demokratie und Beteiligung sehen anders aus.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat vor dem Hintergrund ausufernder Kosten bei der Sanierung der Staatsoper unlängst gesagt, dass es künftig keine Großprojekte mehr geben werde, ohne dass vorher eine abgeschlossene Bauplanung sowie eine seriöse Kostenplanung existieren und auch die Kostenkontrolle gesichert ist. Bei Olympia gibt es das alles nicht. Deshalb finden wir eine Bewerbung für die Spiele 2024 bzw. 2028 falsch.

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin / Niederkirchnerstraße 5 / 10111 Berlin
fon: 030.23252500 / fax: 030.23252505 / V.i.S.d.P. Kathi Seefeld / Foto: istockphoto, Kivilcim Pinar
Berlin / Februar 2015 / www.linksfraktion.berlin

DIE LINKE.
IM ABGEORDNETENHAUS
VON BERLIN